



Nr. 284 | 16.11.2021

Polen-Analysen

Das sozio-ökonomische
Regierungsprogramm »Polnische Ordnung«
(Polski Ład)

■ ANALYSE	
Konsum, Konservatismus und Staats-Kapitalismus – die PiS beschließt die sozio-ökonomische »Polnische Ordnung«	2
Michael Martin Richter, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen	
■ DOKUMENTATION	
Die »Polnische Ordnung«. Das sozio-ökonomische Programm der Regierung, 2021 (Auszüge)	7
■ STATISTIK	
Gewinn- und Verlustprognosen zum sozio-ökonomischen Programm »Polnische Ordnung«	8
<hr/>	
■ CHRONIK	
2. – 15. November 2021	12

Konsum, Konservatismus und Staats-Kapitalismus – die PiS beschließt die sozio-ökonomische »Polnische Ordnung«

Michael Martin Richter, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

DOI: 10.31205/PA.284.01

Zusammenfassung:

Die »Polnische Ordnung« (*Polski Ład*), das neue Programm von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) zum Umbau von Staat und Wirtschaft, wird von der Regierung als bahnbrechende Konzeption betrachtet. Kritiker sehen in ihm dagegen in erster Linie eine Mogelpackung, die der Wählerschaft der *PiS* dient und den Einfluss des Staates ausweiten soll. Dabei stellt das neue Programm einen klaren Bruch mit der vormals teilweise wirtschaftsliberalen Einstellung sowohl der Programmatik der *PiS* als auch des Regierungspersonals dar. Auch wurden die in einem früheren Wirtschaftsprogramm festgesetzten, auf Zukunftstechnologien orientierten Elemente durch kurzfristige, konsumstützende Maßnahmen ersetzt. Politische Instrumentalisierung und Zentralisierung von mehr und mehr Bereichen schreiten voran. Die Erfolgsaussichten dieser Strategie sind jedoch fraglich.

Für die einen ist es Polens wegweisende Strategie, um in puncto Wohlstand noch schneller zu Westeuropa aufzuschließen. Für die anderen ist es eine gefährliche Mogelpackung. Die Ersteren nennen es *Polski Ład* (Polnische Ordnung), Letztere *Polski Wał* (polnischer Depp). Dabei handelt es sich bei der »Polnischen Ordnung«, wie es von Regierungsseite offiziell genannt wird, um ein kontroverses sozio-ökonomisches Maßnahmenpaket, das nicht nur Regierung und Opposition entzweit. Es führte sogar zu Verwerfungen innerhalb des Regierungslagers und im August 2021 zum Rauswurf des Wirtschaftsministers Jarosław Gowin, der dem wirtschaftsliberalen Flügel zuzuordnen war. Dabei offenbart eine genauere Analyse und kontextuelle Einordnung, dass der Inhalt und die Art und Weise der Verabschiedung des Programms weitreichende Konsequenzen haben können. Sie zeigt auch, dass von den vormals in Teilen wirtschaftsliberalen Postulaten der *PiS* nur noch eine Hülle geblieben ist und die Partei dem Land eine strikt interventionistische und zentristische Ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft überstülpen möchte. Diese Ordnung dient dabei eindeutig den politischen Interessen der *PiS*.

Kerninhalte der »Polnischen Ordnung«

Um dies zu konkretisieren, müssen zunächst die eigentlichen Inhalte der »Polnischen Ordnung« herausgestellt werden. Insgesamt handelt es sich um ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die in Regierungspräsentationen mit Superlativen geradezu überschüttet werden. Dabei werden wirtschaftliche, steuerliche und gesellschaftliche Maßnahmen miteinander verknüpft, um weitreichende Veränderungen auf vielen zentralen Ebenen zu vollziehen. Die am kontroversesten diskutierte Neuerung ist zweifelsohne die Steuerreform. Auf den ers-

ten Blick wirkt sie wie aus dem Wahlprogramm einer wirtschaftsliberalen Partei entsprungen: Vorgesehen ist die deutliche Erhöhung des Steuerfreibetrags auf 30.000 Zloty (ungefähr 7.000 Euro) jährlich. Dadurch würde Polen praktisch auf einen Schlag von der Gruppe der europäischen Länder mit den niedrigsten jährlichen Freibeträgen zu der mit den höchsten aufschließen. Parallel dazu sollen die Berechnungsgrenzen für die verschiedenen Steuerklassen deutlich angehoben werden: von zuvor 89.000 Zloty jährlich auf 120.000 Zloty, ab denen der Einkommensteuersatz von 32 Prozent greift. Unter dieser Marke werden Einkommen mit 17 Prozent belastet. Hinzu kommen eine Reihe von Steuererleichterungen für Unternehmen, insbesondere zur Förderung von Innovationen, und das Stopfen von Steuerschlupflöchern.

Diese Maßnahmen allein würde vermutlich jeder liberal gesinnte Politiker blind unterschreiben. Jedoch sieht das Paket einen deutlich weiter gehenden Umbau des Steuersystems vor, der eher das Gegenteil von liberal anmutet: Zusätzlich zu diesen Maßnahmen soll der Beitrag für die Krankenversicherung nicht mehr von der Einkommensteuer abziehbar sein. Vorher konnten 7,5 Prozentpunkte des Beitrags in Höhe von neun Prozent vom Bruttolohn abgesetzt werden. Offiziell soll dadurch ein solidarischer Beitrag aller Polen für das Gesundheitssystem gewährleistet werden, zumal die »Polnische Ordnung« gleichzeitig die Anhebung der Ausgaben für das Gesundheitssystem auf sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) bis 2027 anstrebt. Heute gibt das Land knapp 5,2 Prozent des BIP für das Gesundheitswesen aus, was deutlich unter dem EU-Durchschnitt von sieben Prozent liegt. Die Streichung der Absetzbarkeit von der Einkommensteuer ist jedoch nicht damit zu verwechseln, dass dann automatisch

mehr Geld in den staatlichen Gesundheitsfonds (*Narodowy Fundusz Zdrowia* – NFZ) fließt. Faktisch bleibt der neunprozentige Beitragssatz bei »Normalbeschäftigten« unangetastet. Somit handelt es sich bei dieser Maßnahme letzten Endes um eine Möglichkeit zur Erhöhung der Steuerprogression, denn der negative Effekt der fehlenden Absetzbarkeit nimmt mit steigendem Einkommen progressiv zu. Dadurch nivelliert sich der positive Effekt der zuvor genannten liberalen Maßnahmen und ab einem Einkommen von ca. 13.000 Zloty monatlich werden Arbeitnehmer effektiv stärker als zuvor besteuert.

Zusätzlich zu den steuerlichen Maßnahmen zur Finanzierung des Gesundheitssystems nimmt die »Polnische Ordnung« die Förderung junger Familien in den Fokus. Im Stile des vor Jahren eingeführten monatlichen Kindergeldes in Höhe von 500 Zloty (»500+«) ist die Einführung eines Mutterschaftskapitals von 12.000 Zloty zwischen dem zwölften und 36. Lebensmonat eines Kindes vorgesehen. Da es sich dabei runtergerechnet um zusätzliche 500 Zloty pro Monat handelt, wurde dies bereits als »neues 500+« betitelt. Familien mit vier oder mehr Kindern sollen außerdem komplett von der Einkommensteuer ausgenommen sein. Parallel dazu wird die Baugenehmigung für Häuser mit einer Gesamtwohnfläche von maximal 70 Quadratmetern gänzlich abgeschafft. Ergänzt wird das Ganze durch staatliche Kreditgarantien für Immobilienkredite. So soll der Traum von den eigenen vier Wänden, insbesondere für jüngere, finanzschwächere Familien, Realität werden.

Komplettiert wird die »Polnische Ordnung« durch die Ankündigung eines massiven Investitionsprogramms, das knapp 500.000 neue Arbeitsplätze schaffen soll. Es stützt sich jedoch in nennenswertem Umfang auf EU-Fördergelder, deren Verfügbarkeit wiederum vom Ausgang des Streites mit der EU um die Justizreformen abhängt (vgl. Polen-Analysen 283, <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/283/>). Jene Ankündigungen sind allerdings sehr vage und es erschließt sich nicht, wie und wo konkret diese 500.000 Arbeitsplätze entstehen sollen. Dies ist insofern wichtig, als in Polen eher der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und innovativen Unternehmen ein zentrales Problem ist.

Für jeden etwas, alle glücklich?

Auf den ersten Blick wirken die Einzelreformen der »Polnischen Ordnung« wie ein sozio-ökonomisches Programm, das einen stellenweise liberal-konservativen sowie wohlfahrtsstaatlichen Kern besitzt. Dadurch wird versucht, praktisch alle nennenswerten Zielgruppen zu befriedigen und jedem etwas zu bieten. Dies steht im Einklang mit dem Vorgehen der PiS-Regierung in den letzten sechs Jahren, in denen erhöhte Sozialleistungen mit vermeintlich liberalen Maßnahmen gepaart waren.

Beispielsweise wurden selektiv Unternehmenssteuern gesenkt, die Einkommensteuer für Personen unter 26 Jahren bis zu einer gewissen Grenze abgeschafft sowie der niedrigste Einkommensteuersatz leicht von 18 auf 17 Prozent gesenkt. Die Sozialmaßnahmen wurden dabei in erster Linie durch das Stopfen von Steuerschlupflöchern ermöglicht. Bekannt ist in diesem Zusammenhang die Zerschlagung der sogenannten »Mehrwertsteuer-Mafia«, womit illegale Methoden zur Einkommenserzielung durch Manipulationen mit der Umsatzsteuer gemeint sind. Auf den zweiten Blick offenbart sich jedoch eine deutliche Divergenz zwischen denen, die von der »Polnischen Ordnung« profitieren, und jenen, die tatsächlich eher »zum Deppen gemacht« werden. Dabei kann auch ein Einblick in die Gedankenwelt der polnischen Regierungsparteien gewonnen werden.

So profitieren im Einklang mit der Regierungslinie der letzten Jahre in deutlichem Maße Rentner von den Maßnahmen. Insbesondere die Anhebung des Steuerfreibetrags führt dazu, dass die allermeisten von ihnen keine Einkommensteuer zahlen werden. Dies ändert sich auch nicht durch die parallel dazu eingeführte Abschaffung der Absetzungsmöglichkeiten des Krankenversicherungsbeitrags. Jedoch werden hoch dotierte Rentner (ab 5.000 Zloty Monatsrente) zunehmend mehr bezahlen müssen. Dies erinnert in gewisser Hinsicht an die früheren Maßnahmen der PiS in puncto Rentensystem. Beispielsweise führte sie eine 13. Monatsrente und später sogar eine 14. ein, wobei letztere jedoch den ärmeren Rentner vorbehalten ist. Parallel dazu veranlasste sie deutliche Rentenkürzungen für ehemalige Mitarbeiter der Geheimdienste der Volksrepublik Polen. Auf diese Weise sollte, so der Tenor der PiS, größere historische Gerechtigkeit hergestellt werden.

Gerechtigkeit ist ein Schlagwort, das häufig im Kontext der steuerlichen Maßnahmen fällt. Dies ist auch im Zusammenhang mit den Auswirkungen für Arbeitnehmer der Fall. Hier werden in erster Linie Geringverdienender entlastet, während Besserverdienende stärker zur Kasse gebeten werden. Ein spezieller Algorithmus soll bewerkstelligen, dass Arbeitnehmer mit einem Gehalt bis zu 13.000 Zloty monatlich nicht schlechter dastehen als heute. Dies gilt jedoch nicht für Personen, die irregulären Arbeitsverhältnissen nachgehen. Ein Werkvertrag wird von diesem Algorithmus nicht erfasst und gleichzeitig fallen hier nun auch die obligatorischen Krankenversicherungsbeiträge an. Dadurch werden Werkverträge deutlich weniger attraktiv und Arbeitnehmer in reguläre Arbeitsverhältnisse gedrängt. Von den irregulären Arbeitsverhältnissen machen jedoch insbesondere Studenten und andere junge Menschen aufgrund der Flexibilität und niedrigen Abgaben gern Gebrauch.

Dies soll in Zukunft nicht mehr der Fall sein. Jedoch möchte die PiS, dass junge Menschen auf anderen

Wegen profitieren, und zwar durch die zuvor genannten finanziellen Unterstützungen für junge Familien und Erleichterungen für das Errichten bzw. Kaufen von Wohneigentum. So lässt sich eine klare Linie der »Polnischen Ordnung« erkennen: Erstens werden deutliche Sozialmaßnahmen für die Kernwählerschaft, insbesondere Rentner und Geringverdiener, versprochen. Diese passen zum generellen Vorgehen der letzten Jahre der *PiS*-Regierung, die die Renten durch Zusatzleistungen deutlich aufgestockt und den Mindestlohn konsequent von 1.750 Zloty im Jahre 2015 auf 2.800 Zloty im Jahr 2021 angehoben hat. Gleichzeitig führte die Senkung des Renteneintrittsalters dazu, dass diese Bevölkerungsgruppe noch schneller wächst. Dabei stilisiert sich die *PiS* als Partei derjenigen, die von der Transformation nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems hart getroffenen wurden, und als politische Schutzmacht dieser Schichten. Das parallel dazu in den regierungsnahen Medien befeuerte Narrativ, dass die Opposition all diese Wohltaten zurückdrehen werde, mobilisiert die Kernwählerschaft der *PiS*. Wichtig ist dies insbesondere mit Blick auf die für 2023 regulär anberaumten Parlamentswahlen und vor dem Hintergrund der aktuellen Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze, die die Beliebtheitswerte der Regierung zurzeit sinken lässt.

Zweitens stilisiert sich die Partei als Beschützerin der traditionellen Familie. Auch dieser Aspekt ist stark in der »Polnischen Ordnung« vertreten und passt in das generelle Narrativ des Regierungslagers. Vor kurzem stellte die *PiS* ihre »Demographische Strategie 2040« vor. Sie verfolgt das Ziel, die Geburtenrate in Polen konsequent zu erhöhen und langfristig die anvisierte Kennziffer 2,1 zu erreichen. Kernpfeiler der »Demographischen Strategie« sind ebenfalls in der »Polnischen Ordnung« enthalten, insbesondere die Maßnahmen zur »Verfügbarkeit von Häusern und Wohnungen«. Sichtbar wird hier die doppelte Verwendung einer einzigen Reform, die in zwei Programmen auftaucht und somit bei Erfolg auch für beide reklamiert werden kann. Gleichzeitig wird deutlich, dass all diese Maßnahmen in erster Linie traditionellen Familien zugutekommen. Beispielsweise werden die Eigenkapitalgarantie des Staates für Wohnungsdarlehen junger Menschen nur an Ehepaare vergeben und für jedes geborene Kind übernimmt der Staat einen Teil des Kredites, was ab dem dritten Kind knapp 60.000 Zloty ausmacht.

Auch diese Maßnahmen stehen klar im Einklang mit der bisherigen Politik der *PiS* und zielen auf die Mobilisierung und Zufriedenstellung ihrer Kernwählerschaft ab. Das heißt, sowohl ältere und sozial schwächere als auch konservative Wähler jeglichen Alters sollen ihr Stück vom Kuchen abbekommen. Gleichzeitig erhöht sich jedoch die Abhängigkeit dieser Gruppen

von der Regierung, da der Staat sowohl der Garant für die großzügigen Sozialmaßnahmen für die Rentner als auch der Kreditgeber für junge, traditionelle Familien ist. Dass dadurch die Angst vor einem Regierungswechsel innerhalb dieser Wählergruppen verstärkt werden kann, ist eine wohl nicht zufällig gewählte Strategie. Sie passt in den generellen Rahmen der *PiS*-Politik, bei der der Staat als zentraler Akteur in Wirtschaft und Gesellschaft immer mehr an Einfluss gewinnt und Polen somit zunehmend in Richtung eines Staatskapitalismus geht.

Zentralisierung und Staatskapitalismus auf Polnisch

Der zunehmende Einfluss des Staates, der im Programm der »Polnischen Ordnung« vorangetrieben wird, könnte auch die Beziehungen zwischen Territorial- und Zentralregierung verändern, denn eine Haupteinnahmequelle der lokalen Selbstverwaltungseinheiten waren die Zuflüsse aus der Einkommensteuer. Diese Einnahmen werden jedoch nun durch die Anhebung des Freibetrages und der Steuergrenzen nennenswert geschmälert. Zwar versprach die Zentralregierung in Warschau Kompensationszahlungen, deren Mechanismen sich auch in den neuen Gesetzestexten wiederfinden, doch reicht dies nach Meinung von Oppositionspolitikern und Experten nicht aus, um die finanziellen Einbußen vollends auszugleichen.

Es gibt dabei zwei Mechanismen, einen sogenannten stabilisierenden und einen verstärkenden in Hinblick auf die Finanzsituationen der lokalen Selbstverwaltungseinheiten. Ersterer sieht bereits für das Jahr 2021 acht Milliarden Zloty Zuschüsse vor, sogar noch bevor die Neuregelung der Einkommensteuer in Kraft tritt. Hier ist ein Detail besonders interessant: Der Bezugspunkt für die Zuteilung von Geldern ist der aktuelle Wohlstand einer lokalen Verwaltungseinheit. Die reicheren Städte werden daher tendenziell weniger und die ärmeren Kleinstädte und Dörfer mehr erhalten. Die einen würden sagen, dass diese Umverteilung zu mehr Gerechtigkeit führt, die anderen aber, dass die *PiS* dadurch ihre traditionell ärmeren Wählerhochburgen prämiert und die wohlhabenden und weniger wohlgesinnten Großstädte abstrahlt. Dies ist umso mehr von Bedeutung, als die *PiS* in keiner Stadt über 100.000 Einwohner den Bürgermeister stellt. Somit kann auch dieser Aspekt als Maßnahme zur Stabilisierung der eigenen Wählerschichten gesehen werden. Der zweite, der verstärkende Mechanismus sieht Finanzierungszuschüsse für lokale Selbstverwaltungseinheiten aus dem Fonds für Infrastrukturmaßnahmen der »Polnischen Ordnung« vor. Hier sollen Zuschüsse von der Bank für Landeswirtschaft (*Bank Gospodarstwa Krajowego*), dem polnischen Pendant zur Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), gewährt werden. Ein großes Augenmerk wird jedoch auch hier auf

die Entwicklung der ländlichen und somit tendenziell *PiS*-treuen Gebiete gelegt.

Insgesamt kann dies dazu dienen, eine größere Abhängigkeit der kommunalen Selbstverwaltung von der Zentralregierung zu schaffen, denn Investitionen, für welche die Lokalregierungen aufgrund der geringeren Einnahmen kein Geld mehr hätten, könnten durch Investitionsprogramme der Regierung kompensiert oder gar überboten werden. Außer der zunehmenden Abhängigkeit der Lokal- von der Zentralregierung würde die Möglichkeit geschaffen, unbeugsame und unliebsame lokale Bürgermeister »abzustrafen«. Dass die Großstädte dabei ohne Ausnahme von der Opposition oder parteilosen Akteuren geführt werden, verleiht diesem Aspekt besonderes Gewicht.

Eine weitere Maßnahme der »Polnischen Ordnung« sticht heraus. Vorgesehen ist eine Mindeststeuer von einem Prozent auf die Umsätze von Großunternehmen. Dies ist einer der Hauptaspekte im Kampf gegen die bereits genannten Steuerschlupflöcher. Die Einnahmen sollen direkt in den staatlichen Gesundheitsfonds fließen und rund zwei Milliarden Zloty pro Jahr ausmachen. Jedoch trifft diese Regelung nicht alle Großunternehmen. Explizit ausgenommen sind Firmen in den Branchen der Energiewirtschaft, der Luftfahrt und des Bergbaus. Diese Auswahl ist nicht zufällig zustande gekommen, sondern Resultat der Intervention des Ministers für Staatsaktiva, Jacek Sasin, denn das Gros der umsatzstarken Staatsunternehmen ist in genau diesen Sektoren tätig. Im Ergebnis wird mit knapp 400 Millionen Zloty weniger an Zuflüssen für den *NFZ* gerechnet, was wiederum die erwarteten knapp 1,5 Milliarden Zloty relativiert. So zeigt auch dieses Beispiel, wie staatsnahe Player von der »Polnischen Ordnung« profitieren bzw. nicht verlieren, während die für die politischen Interessen weniger relevanten Akteure schlechter wegkommen.

Mit dem Gesetz durch den Sejm um jeden Preis

Die Probleme, die zwischen dem Ministerium für Staatsaktiva und den Autoren der Gesetzestexte für die »Polnische Ordnung« aufgetaucht sind, stehen stellvertretend für das wohl größte Problem dieses Programms – fehlende Konsultationen und Ad-hoc-Änderungen. Die einprozentige Umsatzsteuer fand erst im Nachhinein ihren Weg in das Maßnahmenpaket und wurde außerdem entsprechend der Proteste aus anderen Ministerien angepasst, um Ausnahmen für staatsnahe Wirtschaftszweige einzuräumen. Ebenfalls angepasst wurde die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags für Unternehmer.

Ursprünglich sah die »Polnische Ordnung« vor, den bisher geltenden Pauschalbeitrag für die Krankenver-

sicherung von knapp 381,81 Zloty, von dem noch ein großer Teil von der Unternehmenssteuer abgesetzt werden konnte, zu ersetzen, und zwar durch einen Beitrag in Höhe von neun Prozent des Einkommens, der ohne Absetzungsmöglichkeiten von jedem Individualunternehmer im sogenannten Flat-Tax-Modell hätte entrichtet werden müssen. Obwohl das polnische Steuersystem eine Vielzahl von verschiedenen steuerlichen Unternehmensführungsmodellen kennt, ist das populärste das besagte Flat-Tax-Modell, bei dem 19 Prozent Steuern auf den zu versteuernden Gewinn fällig werden. In der ursprünglichen Fassung der »Polnischen Ordnung« hätten also zusätzlich zu den 19 Prozent weitere neun Prozent abgeführt werden müssen, was eine massive Erhöhung der Belastungen für diese Unternehmer bedeutet hätte und lautstarke Proteste auslöste. Es wurden zwar parallel dazu die Steuern für andere, weniger populäre Steuermodelle leicht gesenkt – beispielsweise für die Pauschalbesteuerung, bei der der Umsatz versteuert wird ohne Möglichkeit, die Kosten abzuziehen. Allerdings sind diese Modelle nun einmal viel weniger verbreitet. Hinzu kommt, dass das Pauschalbesteuerungsmodell deutlich weniger Anreize für Investitionen schafft, da diese nur im Flat-Tax-Modell als Kosten veranschlagt werden können. Dieser Aspekt ist insbesondere in der aktuellen Situation, in der Polen einen Negativrekord bei Neuinvestitionen aufweist, von großer Bedeutung. Nicht zuletzt muss angemerkt werden, dass all diese Maßnahmen mit einer minimalen Vorlaufzeit durchgesetzt wurden.

Insbesondere Letzteres ist von großer Tragweite. Alle Änderungen im Steuersystem werden am 1. Januar 2022 in Kraft treten. Die Zeit für Konsultationen war minimal bzw. praktisch nicht vorhanden, da erst Mitte Mai 2021 die Grundpfeiler der »Polnischen Ordnung« vorgestellt und die Gesetzestexte für dieses Programm, die knapp 600 Seiten umfassen, in Windeseile durch das Parlament gebracht wurden. Kurz nach Verabschiedung des Maßnahmenpakets im Sejm wurden auch erste Ungereimtheiten in den neuen Gesetzen aufgedeckt. Manche merkten humorvoll – oder kritisch – an, sie seien »auf den Knien geschrieben« worden. Die geringe Qualität der Gesetzestexte gibt zu denken, insbesondere im Zusammenhang mit enthüllten E-Mails von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki aus seiner früheren Tätigkeit als Vorsitzender einer Großbank in Polen. Darin erklärte er im Jahr 2015, dass sein (damaliges) Ziel »eine tiefgreifende Reform des Steuersystems« sei und dass »ein großes Augenmerk auf das Anheben der rechtlichen Kultur gelegt werden sollte.« Dazu führte Morawiecki selbst das Beispiel der Schweiz an, wo Unternehmen zwei bis drei Jahre Zeit für die Anpassung an tiefgreifende Steueränderungen hätten. Die wenigen Wochen, die Unternehmen nun zur Vorbereitung auf

die Maßnahmen der »Polnischen Ordnung« haben, und die eindeutig schlechte Rechtskultur in diesem Zusammenhang stehen in deutlichem Widerspruch zu seinen damaligen Worten.

Da sich in diesem Kontext wenig überraschend starker Widerstand seitens der Unternehmer gegen die bereits genannten Steuererhöhungen formierte, lenkte die Regierung schließlich leicht ein und senkte den Krankenversicherungsbeitrag von neun Prozent auf 4,5 Prozent, was immer noch einer Steuererhöhung für diese Gruppen gleichkommt. Die Auseinandersetzung um die Steuern führten dann, so die offizielle Begründung, zur Scheidung zwischen den liberaler gesinnten Mitgliedern der Regierung um den Wirtschaftsminister Jaroslaw Gowin und seine Partei Verständigung (*Porozumienie*) und dem Rest des Regierungslagers. Es hatte jedoch seit langem zwischen beiden geknirscht, so dass der Bruch abzusehen und daher für wenige verwunderlich war.

Das Regierungslager, das nun nur noch aus *PiS* und Solidarisches Polen (*Solidarna Polska*) besteht, verlor seine absolute Mehrheit und musste sich durch dubiose Deals bei formell unabhängigen Politikern seine Stimmen suchen. Den kontroversesten Partner fand die *PiS* dabei wohl in Paweł Kukiz, dem ehemaligen Rockstar und Anführer einer nach ihm benannten »Bewegung« (*Ruch Kukiz '15*), die noch vier Parlamentarier im Sejm hat. Vorwürfe der politischen Korruption wurden laut, und bei der Abstimmung zu einem anderen kontroversen Projekt, dem neuen Mediengesetz, wurden offensichtlich Regeln des Parlamentarismus gebrochen. All dies komplettiert das rechtliche und politische Chaos der letzten Monate in Polen, bei denen das Vorhaben »Polnische Ordnung« eine zentrale Rolle einnimmt.

Fazit: Die PiS von wirtschaftspolitisch liberalen Elementen gesäubert

Die *PiS* macht in ihrem Wirtschaftsprogramm eine ähnliche Kehrtwende wie ihr Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, der von 2010 bis 2012 sogar zum Wirtschaftsrat von Donald Tusk, dem aktuellen Erzfeind der *PiS*, gehörte. Die Maßnahmen der »Polnischen Ordnung« stehen für die Abschaffung liberaler Elemente und die Zementierung eines noch stärker auf Konsum ausgelegten und zunehmend vom Staat kontrollierten Wirtschaftssystems. Besonders deutlich und vielsagend sind die Veränderungen im Vergleich zum früheren Wirt-

schaftsprogramm der *PiS*, der »Strategie für eine verantwortungsvolle Entwicklung«. Mit diesem sollten Investitionen in Zukunftstechnologien gefördert werden. Polen sollte sich zum konkurrenzfähigen Standort für den Bau von Drohnen, Elektroautos und Fähren entwickeln. Auch die privaten Investitionen sollten massiv steigen, unterstützt durch ein sicheres rechtliches Umfeld. Dafür wurde nicht zuletzt sogar eine »Verfassung für Unternehmer« eingeführt.

Von all diesen Ankündigungen ist jedoch in der Praxis fast nichts geblieben und das Programm erwies sich im Grunde als Papiertiger. Heute setzt die Regierung mit aller Macht und im Eiltempo ein höchst kontroverses Maßnahmenpaket durch. In der Regierung scheinen nun zunehmend die Vertreter des Etatismus und Interventionismus das Zepter zu übernehmen, was auf Kosten liberaler Ideen geht. So spiegelt das aktuelle Wirtschaftsprogramm die Ideen Konsum, Konservatismus und Staatskapitalismus: Staatlicher Interventionismus und Zentralismus gepaart mit konservativen, katholischen Werten und einem Narrativ, dass Polen sich von den Knien erhebt und seine Regierung den Schwachen und Armen gibt, was jedoch in erster Linie den kurzfristigen Konsum antreibt.

Der einflussreichen Unternehmerschaft tritt die *PiS* mit ihren eigenen Einflusskanälen auf die Füße. Dadurch polarisiert sie zunehmend und fokussiert sich mehr und mehr auf ihre Kernwählerschaft. Umfragen zur »Polnischen Ordnung« zeigen, dass das Narrativ der Regierung trotz Kontrolle der regierungsnahen Medien sowie Millionenausgaben für die Bewerbung des Programms nicht verfängt. 51 Prozent der Befragten einer im September durchgeführten, repräsentativen Umfrage meinen, dass sie durch die »Polnische Ordnung« Nachteile haben werden. Nur rund 30 Prozent sind gegenteiliger Meinung (siehe Grafik 1 auf Seite 8). Die Frage, ob die Regierung von dem Programm profitieren kann, bleibt offen. Insbesondere in einer Zeit hoher Inflation kann sich herausstellen, dass die moderaten Gewinne für Geringverdiener schnell durch Preissteigerungen nivelliert werden (siehe Tabelle 2 auf Seite 10). Zweifelsohne werden jedoch die Möglichkeiten des Staates zur Kontrolle ausgeweitet, was einen potentiell gefährlichen Pfad zur politischen Instrumentalisierung von immer mehr Bereichen öffnen kann.

Über den Autor

Michael Martin Richter ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen, Doktorand der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) sowie aktuell Gastwissenschaftler im Brüsseler Büro der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Der Beitrag wurde im Rahmen des von der Europäischen Union finanzierten Innovativen Trainingsnetzwerks »MARKETS« verfasst und stellt ausschließlich die Meinung des Autors dar.

Die »Polnische Ordnung«. Das sozio-ökonomische Programm der Regierung, 2021 (Auszüge)

Einführung

[...]

Fünf Jahre Sanierung des Staates

Der wirksame Kampf gegen die Folgen der COVID-19-Krise wäre ohne die vorangegangene Sanierung der öffentlichen Finanzlage nicht möglich gewesen. Vor fünf Jahren begann Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) als Anführer des Lagers der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) einen grundlegenden Reformprozess des Staates. Dessen Herzstück war die »Strategie für eine verantwortungsvolle Entwicklung« – der erste derart umfassende Plan in der Geschichte der Dritten Republik.

Polen hat sich über 25 Jahre lang ungleich entwickelt und die Früchte des Wachstums gelangten nur zu wenigen. Wir haben das geändert. Wir haben auf gerechte und ausgewogene Entwicklung gesetzt.

Wir haben die Fehler der Politik der Dritten Republik korrigiert. Eine ambitionierte Sozialpolitik haben wir mit einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik verbunden.

Den polnischen Familien haben wir beispiellose Hilfe in Form des Programms »500+« [Kindergeldprogramm, 500 Zloty monatlich, d. Übers.] zukommen lassen. Den Senioren haben wir begonnen, die 13. Monatsrente zu zahlen, und bereits in diesem Jahr zahlen wir den Bedürftigsten auch eine 14. Rente. Der Mindestlohn stieg um ganze 50 Prozent, und die Gehälter in der Gesamtwirtschaft um knapp 20 Prozent. Wir haben die Steuern für Arbeitnehmer und Unternehmen gesenkt. Für die jungen Menschen haben wir die Einkommensteuer in Höhe von null Prozent eingeführt.

Obleich viele prophezeiten, dass eine mutige pro-soziale Politik zu einer Haushaltskatastrophe führen wird, verbesserte sich der Zustand der öffentlichen Finanzen von Jahr zu Jahr. Wir haben die Einkommensverluste des Haushaltes, die sich aus den Schlupflöchern bei der Mehrwertsteuer ergaben, um die Hälfte verringert. Dank der besseren Beseitigung von Lücken und eines gerechteren Steuersystems stiegen die Haushaltseinnahmen in den Jahren 2016 bis 2019 konsequent an: die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer um 47 Prozent, aus der Einkommensteuer um 46,7 Prozent und aus der Körperschaftsteuer um 54,7 Prozent. Das erlaubte uns, den ersten schuldenfreien Haushalt in der Geschichte der Dritten Republik zu planen. Polen wurde in den letzten fünf Jahren die Lokomotive für Entwicklung in Europa und das Lebensniveau der Polen, dargestellt als BIP per capita, stieg im Vergleich zur Europäischen Union.

Warum die »Polnische Ordnung«?

Die Corona-Pandemie hat die wirtschaftliche Entwicklung gebremst, aber nicht die Ambitionen der Polen verändert.

Wir wollen den Aufbau eines Wohlfahrtsstaates fortsetzen, der nicht von den europäischen Standards abweicht. Wir träumen weiter von Polen, in dem alle sicher leben und für eine anständige Bezahlung arbeiten können. Deshalb muss die Antwort auf die Herausforderungen, die die COVID-19-Krise uns gestellt hat, eine neue Handlungsstrategie sein.

Die Geschichte der globalen Krisen lehrt eines. In unsicheren Zeiten muss der Staat die Initiative ergreifen und die Verantwortung übernehmen. So war es in den 1930er Jahren, als der New Deal als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise entstand. So war es nach dem Krieg, als Europa dank des Marshallplans wieder aufgebaut wurde. So muss es auch jetzt sein.

Die »Polnische Ordnung« ist unsere Antwort auf die größte Krise in unserer Nachkriegsgeschichte. Wir wollen so schnell wie möglich unseren Wiederaufbau nach den pandemiebedingten Verlusten und wollen auf den Pfad der Entwicklung zurückkehren, auf dem wir vor zwei bis drei Jahren waren. In dem Wissen, dass jede Krise auch eine Chance ist, planen wir unsere Tätigkeiten für eine langfristige Perspektive. Ihr solides Fundament ist das EU-Rekordbudget für Polen in Höhe von 770 Milliarden Zloty. Auch wenn es ein bedeutender Verhandlungserfolg der polnischen Regierung war, es zu erkämpfen, brauchen wir noch eines: eine ambitionierte und kluge Ausgabestrategie. Eine solche, die uns die Verringerung des Abstands gegenüber dem Westen schneller als jemals ermöglicht. Eine wirksame Realisierung der »Polnischen Ordnung« wird den Polen erlauben, bereits im kommenden Jahrzehnt größere Einkommen zu erzielen als in Italien, Portugal oder Spanien.

Die »Polnische Ordnung« ist mehr als ein Aufbauplan, sie ist eine Strategie für eine zivilisatorische Veränderung.

Wir haben sie mit Blick auf das tatsächliche Vorankommen der polnischen Familien und polnischen Firmen entwickelt. Heute wieder – so wie vor Jahren Eugeniusz Kwiatkowski [Wirtschafts- und Finanzminister der Zweiten Republik, d. Übers.] schrieb – »stehen wir vor einem Wegweiser«. Vor uns liegt die Wahl, auf welchem Weg wir wei-

tergehen wollen. Wir wissen genau, dass die kommenden Jahre über die Zukunft Polens, Europas und der Welt für Jahrzehnte entscheiden. Deshalb muss das dritte Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts für Polen ein Jahrzehnt der Entwicklung werden. Uns erwarten historische Herausforderungen, aber wir werden uns mit ihnen messen, »unserer Schwierigkeiten und unseres Zieles bewusst«. Zum ersten Mal in der modernen Geschichte haben wir die Chance, Akteur zu sein und nicht nur passiver Beobachter der Veränderungen, die das neue Gesicht der Welt gestalten. Die »Polnische Ordnung« erlaubt uns, dieses Ziel zu realisieren.

[...]

Zusammenfassung

1. Wir stehen an der Schwelle zu einem neuen Jahrzehnt. In der neuen, postpandemischen wirtschaftlichen Realität hat Polen die Chance, einer der europäischen Anführer zu werden. Die Reformen der »Polnischen Ordnung« bereiten uns besser darauf vor, diese Herausforderung anzunehmen und zu bewältigen und sie öffnen den Polen den Weg zu besseren Einkommen sowie einem höheren Lebensniveau.
2. Die Jahre nach der COVID-19-Krise werden das Kräfteverhältnis in der europäischen Wirtschaft bestimmen. Polen hat die Chance, zu dem Kreis der bestentwickelten Staaten der EU aufzuschließen. Eine kompetente Regulierungs-, Fiskal-, Finanz- und Geldpolitik müssen miteinander harmonisieren und ein gutes Umfeld für Wachstum, Effizienz und Produktivität schaffen. Das ist die Bedingung dafür, dass wir endlich – nach langen Jahren – die EU-Spitze einholen.
3. Eine wirksame Entwicklung ist nur möglich dank Investitionen in den Anstieg der Produktivität; sie sind der Motor für Wachstum in der gegenwärtigen globalen Lage und insbesondere der Situation der europäischen Wirtschaft. Ein effektives Steuersystem und die Bewirtschaftung der Staatsfinanzen ist die Bedingung sine qua non, um sich auf den globalen Finanzmärkten zu halten. Insbesondere in der Zeit einer Krise.
4. Die Krise ist eine Bedrohung und gleichzeitig eine große Chance für Polen. Wir glauben, dass dies der Zeitpunkt ist, den Aufbau desjenigen Polen zu beginnen, von dem wir seit Generationen geträumt haben. Wir müssen nicht nur die Wirtschaft wieder aufbauen, sondern auch ihre Fundamente umbauen. Die »Polnische Ordnung« ist der Hebel, der es ermöglicht, die Bedeutung unseres Vaterlandes in der wirtschaftlichen und politischen Landschaft Europas zu erhöhen.

Hervorhebungen im Original.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: PiS, Solidarna Polska: Polski Ład [Die »Polnische Ordnung«]. [Warszawa, 2021]. <http://pis.org.pl/dokumenty> (abgerufen am 11.11.2021).

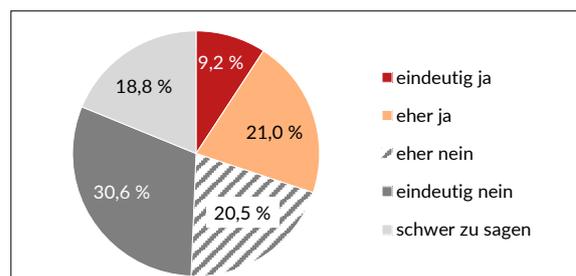
STATISTIK

Gewinn- und Verlustprognosen zum sozio-ökonomischen Programm »Polnische Ordnung«

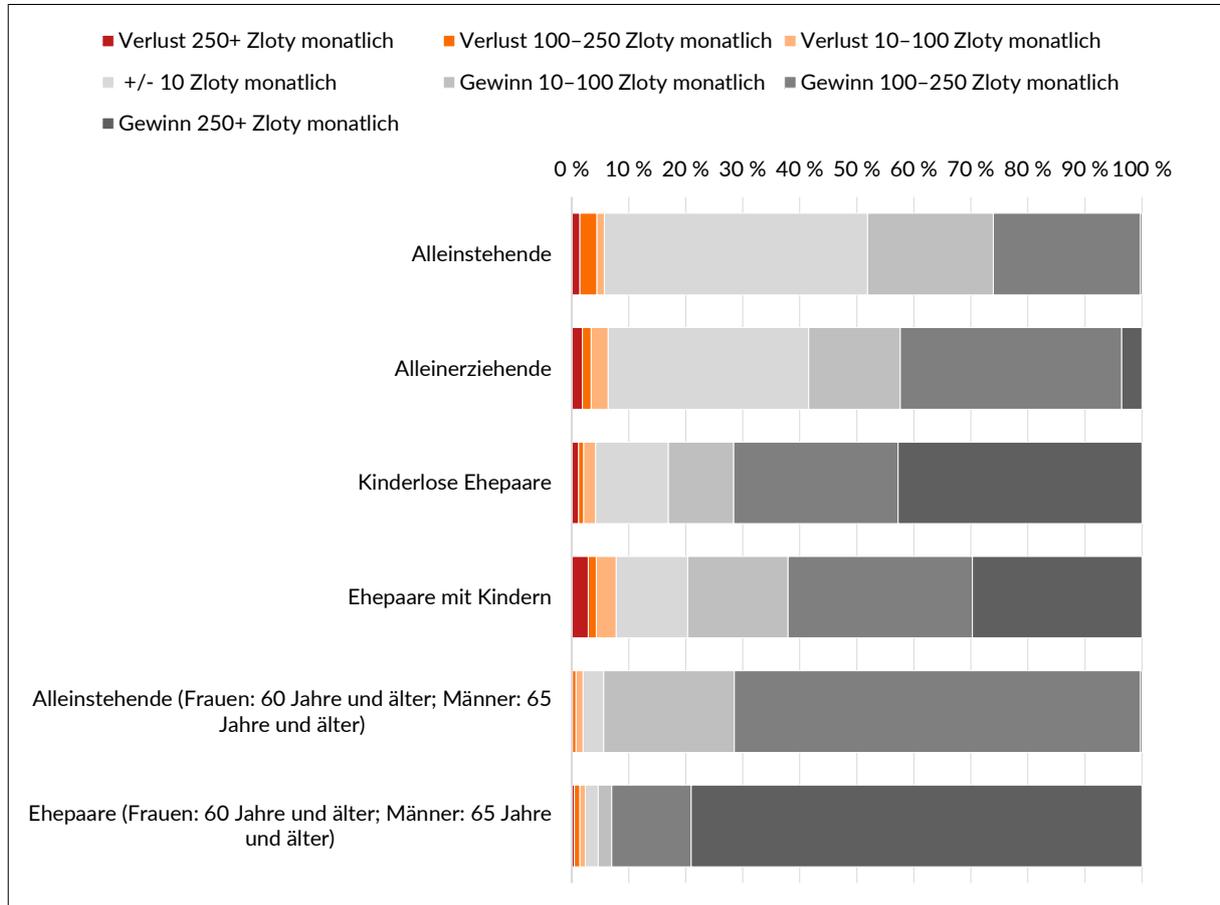
Grafik 1: Meinen Sie, dass die Steuermaßnahmen des Wirtschaftsprogramms »Polnische Ordnung« vorteilhaft für Sie sind?

Umfrage von United Surveys für RMF FM und Dziennik Gazeta Prawna am 10.09.2021, 1.000 Personen.

Quelle: <https://www.rp.pl/polityka/art18920431-sondaz-ponad-polowa-polakow-uwaza-ze-nie-skorzystana-na-polskim-ladzie-pis> (abgerufen am 11.11.2021).



Grafik 2: Finanzieller Gewinn und Verlust für die Individualhaushalte auf der Grundlage des Steuermodells des Wirtschaftsprogramms »Polnische Ordnung« (lt. Gesetz vom 1. Oktober 2021)



Art der Familie	Verlust 250+ Zloty monatlich (%)	Verlust 100-250 Zloty monatlich (%)	Verlust 10-100 Zloty monatlich (%)	+/- 10 Zloty monatlich (%)	Gewinn 10-100 Zloty monatlich (%)	Gewinn 100-250 Zloty monatlich (%)	Gewinn 250+ Zloty monatlich (%)
Alleinstehende	1	3	1	46	22	26	0
Alleinerziehende	2	2	3	35	16	39	4
Kinderlose Ehepaare	1	1	2	13	11	29	43
Ehepaare mit Kindern	3	1	3	13	18	32	30
Alleinstehende (Frauen: 60 Jahre und älter; Männer: 65 Jahre und älter)	0	1	1	4	23	71	0
Ehepaare (Frauen: 60 Jahre und älter; Männer: 65 Jahre und älter)	0	1	1	2	2	14	79

Quelle: Kancelaria Senatu, Biuro Analiz, Dokumentacji i Korespondencji [Die Senatskanzlei, Büro für Analyse, Dokumentation und Korrespondenz]; Michał Myck, Monika Oczkowska, Kajetan Trzciński/Fundacja Centrum Analiz Ekonomicznych (CenEA) [Stiftung Zentrum für Ökonomische Analysen]; Ekspertyza dotycząca redystrybucyjnych konsekwencji zmian regulacji podatkowych w ramach pakietu »Polski Ład« przyjętych przez Sejm dnia 1 października 2021 r. [Gutachten zu den Folgen der Umverteilung durch die Steueränderungen im Rahmen des Programms »Polnische Ordnung«, verabschiedet vom Sejm am 1. Oktober 2021]. Warszawa, Oktober 2021. <https://www.senat.gov.pl/gfx/senat/pl/senatekspertyzy/6053/plik/oe-371.pdf> (abgerufen am 11.11.2021).

Tabelle 1: Wie verändern sich die Gehälter der Arbeitnehmer infolge des Wirtschaftsprogramms »Polnische Ordnung«?

Bruttolohn	Aktueller Nettolohn	Nettolohn infolge des Programms »Polnische Ordnung«	Abweichung netto		
			monatlich	jährlich	Differenz
3.000 Zloty	2.203 Zloty	2.356 Zloty	153 Zloty	1.863 Zloty	+7 %
5.000 Zloty	3.613 Zloty	3.660 Zloty	47 Zloty	564 Zloty	+1 %
7.500 Zloty	5.377 Zloty	5.377 Zloty	0 Zloty	0 Zloty	0 %
10.000 Zloty	6.937 Zloty	6.937 Zloty	0 Zloty	0 Zloty	0 %
12.500 Zloty	8.350 Zloty	8.369 Zloty	19 Zloty	228 Zloty	0 %
15.000 Zloty	9.928 Zloty	9.764 Zloty	-163 Zloty	-1.956 Zloty	-2 %
20.000 Zloty	13.184 Zloty	12.643 Zloty	-541 Zloty	-6.492 Zloty	-4 %
30.000 Zloty	19.695 Zloty	18.398 Zloty	-1.297 Zloty	-15.588 Zloty	-6 %
40.000 Zloty	26.207 Zloty	24.153 Zloty	-2.053 Zloty	-24.636 Zloty	-8 %

Betrifft reguläre Arbeitsverhältnisse.

Veröffentlicht am 21.10.2021.

Quelle: Money.pl: Polski Ład. Kto zyska, a kto straci na podatkowej rewolucji PiS? Oni dokładnie to policzyli. <https://www.money.pl/podatki/polski-lad-kto-zyska-a-kto-straci-na-podatkowej-rewolucji-pis-oni-dokladnie-to-policzyli-6696141552912992a.html> (abgerufen am 11.11.2021).

Tabelle 2: Wie würden sich die Gewinne des Wirtschaftsprogramms »Polnische Ordnung« entwickeln, wenn die Reallöhne durch Inflation verringert würden? (Prognose für 2022, Jahresdurchschnitt und Verluste innerhalb eines Jahres)*

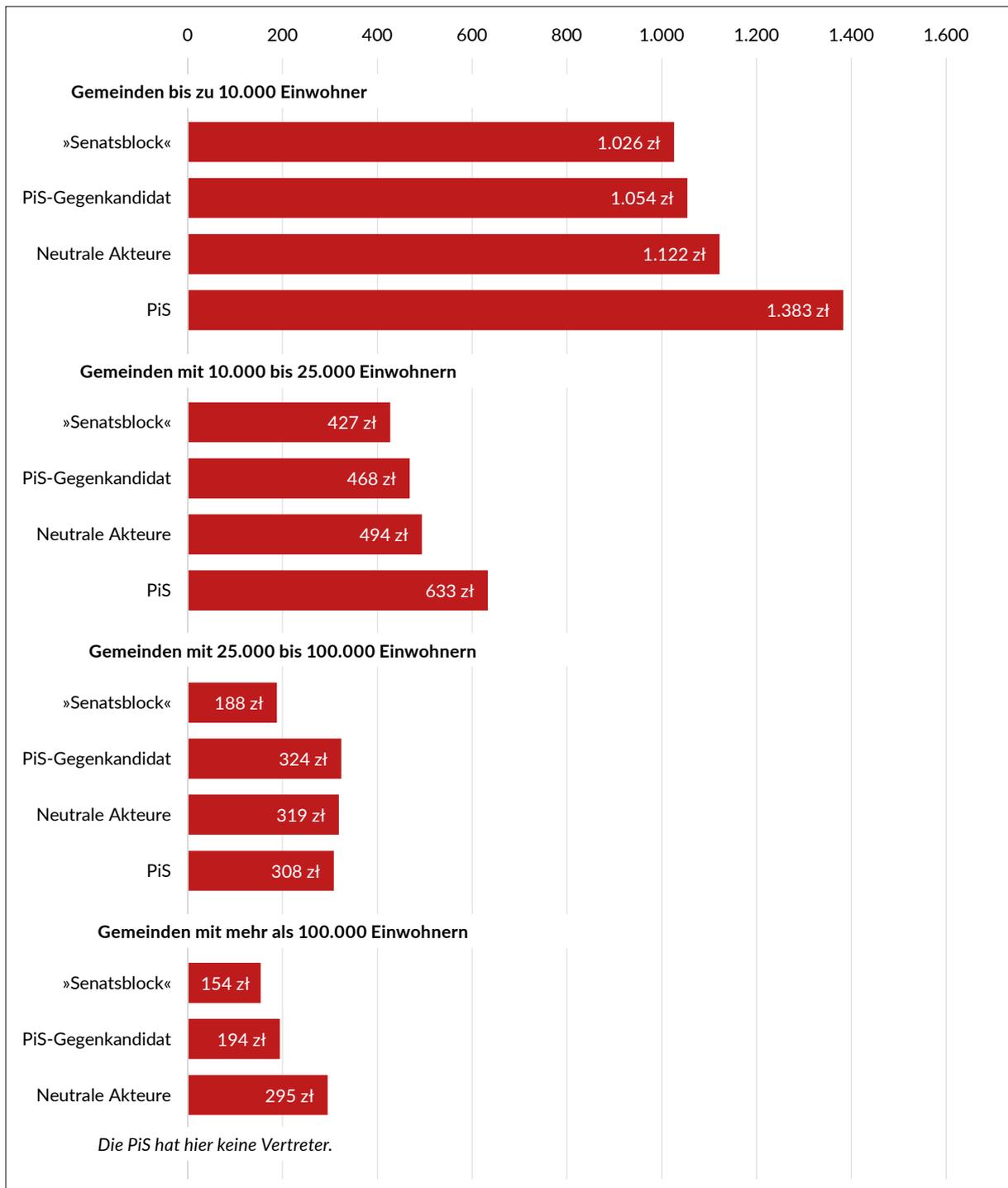
Bruttolohn	Nettolohn	Gewinn aufgrund des Wirtschaftsprogramms »Polnische Ordnung«	Verlust bei Inflation in Höhe von 4 %	Verlust bei Inflation in Höhe von 5 %	Inflation in Höhe von 6 %	Inflation in Höhe von 7 %
3.010 Zloty	2.364 Zloty	154 Zloty	-91 Zloty	-113 Zloty	-134 Zloty	-155 Zloty
3.500 Zloty	2.702 Zloty	147 Zloty	-104 Zloty	-129 Zloty	-153 Zloty	-177 Zloty
4.000 Zloty	3.022 Zloty	114 Zloty	-116 Zloty	-144 Zloty	-171 Zloty	-198 Zloty
4.500 Zloty	3.341 Zloty	80 Zloty	-128 Zloty	-159 Zloty	-189 Zloty	-219 Zloty
5.000 Zloty	3.660 Zloty	47 Zloty	-141 Zloty	-174 Zloty	-207 Zloty	-239 Zloty

* Betrifft reguläre Arbeitsverhältnisse. Inflation im Oktober 2021: 6,8 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

Veröffentlicht am 31.10.2021.

Quelle: OKO.press: Polski Ład przyjęty, wchodzi w życie w styczniu. Zatopi go inflacja? <https://oko.press/polski-lad-przyjety-wchodzi-w-zycie-w-styczniu-zatopi-go-inflacja/> (abgerufen am 11.11.2021).

Grafik 3: Prognostizierter durchschnittlicher Zuschuss für Gemeinden im Rahmen des Programms der »Polnischen Ordnung« – pro Einwohner, abhängig von der Gemeindegröße und der politischen Zugehörigkeit des Gemeindevorstehers/Bürgermeisters/Stadtpäsidenten*



* Erläuterungen:

Sogenannter »Senatsblock«: Akteure einer der Gruppierungen: Die Linke/Lewica; Bürgerkoalition/Koalycja Obywatelska – KO; Polnische Bauernpartei/ Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit: Mitglied der PiS oder von der PiS offiziell unterstützter Akteur.

PiS-Gegenkandidat: Akteur eines lokalen Wahlkomitees, der in direktem Wettbewerb mit dem PiS-Kandidaten die Wahl gewann.

Neutrale Akteure: Akteure, die in keine der vorher genannten Kategorien gehören.

CHRONIK

2. – 15. November 2021

02.11.2021	Ab heute können sich alle Personen ab dem 18. Lebensjahr eine Auffrischungsimpfung (»Booster-Impfung«) gegen Covid-19 geben lassen. Voraussetzung ist, dass die vollständige Immunisierung sechs Monate zurückliegt.
03.11.2021	Das Außenministerium gibt bekannt, dass der Chargé d’Affaires der Republik Belarus in das Außenministerium der Republik Polen einbestellt wurde. Der Grund ist, dass in der Nacht vom 1. auf den 2. November nicht identifizierte uniformierte bewaffnete Personen über die polnisch-belarussische Grenze auf polnisches Gebiet eingedrungen seien. Piotr Wawrzyk, Staatssekretär im Außenministerium, erklärt den entschiedenen Protest Polens gegen die Verletzung der polnischen Staatsgrenze. Der Kontext ist, dass beide Staaten seit Wochen ihren Grenzschutz verstärken, da Migranten u. a. aus Ländern des Nahen Ostens vom belarussischen Regime gezielt an die polnisch-belarussische Grenze gebracht werden. Die EU und die Mitgliedsstaaten sehen darin eine Provokation, die die Antwort des belarussischen Regimes auf EU-Sanktionen sei. Belarus will die Migranten nicht zurück ins Land lassen, Polen will ihren illegalen Grenzübertritt verhindern. Polen hat im Grenzgebiet den Ausnahmezustand verhängt.
03.11.2021	Im Internetportal »Onet.pl« wird eine Erklärung ehemaliger Botschafter Polens veröffentlicht, die der »Botschafter-Konferenz der Republik Polen« (Konferencja Ambasadorów RP) angehören. Die Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze beginne, den Tatbestand eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu erfüllen. So würden nach internationalem Recht verbotene sogenannte Push-Backs in Polen ausgeführt, um Migranten nach Belarus zurückzudrängen. In den polnischen grenznahen Wäldern stürben Menschen an Hunger, Unterkühlung und Erschöpfung. Das Regierungslager der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) verfolge diese aggressive Politik, um die eigene Wählerschaft zu bedienen. Hintergrund ist, dass Belarus seit Wochen Migranten aus dem Nahen Osten und anderen Ländern gezielt an seine Westgrenze vorlässt, Polen jedoch illegale Grenzübertritte zu verhindern versucht.
06.11.2021	Stanisław Żaryn, Pressesprecher des Koordinators der Geheimdienste, erinnert im Nachrichtendienst »Twitter« daran, dass in Polen neue Bestimmungen zur illegalen Migration gelten. Bei illegalem Grenzübertritt aus einem Nicht-EU-Land nach Polen drohen die sofortige Abschiebung und das Verbot, in die EU einzureisen, es sei denn, der Betroffene kommt direkt aus einem Gebiet, in dem er Gefahren oder Verfolgung ausgesetzt ist. Die Gesetzesnovelle wurde im Oktober verabschiedet. Hintergrund ist die Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze, wo seit Monaten Migranten aus dem Nahen Osten und anderen Ländern vom belarussischen Regime zielgerichtet an die EU-Außengrenze geführt werden.
08.11.2021	Polnische Sicherheitskräfte setzen Tränengas gegen Migranten im Grenzgebiet zu Belarus ein, die versuchen, den von Polen errichteten Grenzzaun zu zerstören, um in die Europäische Union zu gelangen. Die EU wirft dem belarussischen Regime vor, Migranten zielgerichtet an die EU-Grenze zu bringen. Polen hat im Grenzgebiet den Ausnahmezustand verhängt.
09.11.2021	Im Sejm findet eine Debatte zu der vom belarussischen Regime herbeigeführten Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze statt, bei der von Regierungsseite Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak und Innenminister Mariusz Kamiński auftreten. Das Außenministerium gibt keine Erklärung ab.
10.11.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki empfängt in Warschau den Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, zu einem Gespräch über die Migrationskrise im belarussischen Grenzgebiet zur EU, in das seit Monaten Migranten aus dem Nahen Osten und anderen Ländern vom belarussischen Regime geführt werden, während die EU-Staaten illegale Grenzübertritte zu verhindern versuchen. Das Vorgehen des belarussischen Regimes sei ein Akt des Staatsterrorismus als Rache für die Unterstützung der belarussischen Opposition durch EU-Staaten, sagt Morawiecki auf einer Pressekonferenz im Anschluss. Polen wolle mit Belarus und Russland zusammenarbeiten, wenn sie demokratische Staaten wären, die keine politische Erpressung anwenden. Morawiecki zeigt sich zufrieden, dass die EU anders als in den vorangegangenen Migrationskrisen mit einer Stimme spricht. Polen verteidige nicht nur sich selbst an der polnisch-belarussischen Grenze, sondern die Ostflanke der EU und der NATO gegen das Ziel des belarussischen Staatspräsidenten, die EU zu destabilisieren.
10.11.2021	Donald Tusk, Parteivorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und ehemaliger Ratspräsident der Europäischen Union, ruft die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer in einem offenen Brief zur Solidarität mit Polen und Litauen in der vom belarussischen Regime herbeigeführten Migrationskrise an der belarussischen Westgrenze sowie zur Ausschöpfung aller Druckmittel auf, um eine Eskalation der Lage an der Grenze zu verhindern. An der Grenze kampieren seit Monaten Migranten aus dem Nahen Osten und anderen Ländern; Polen hat zur Verhinderung illegaler Grenzübertritte den Grenzschutz durch Soldaten verstärkt.

11.11.2021	Am Feiertag der Unabhängigkeit (1918) finden in ganz Polen Veranstaltungen statt. In Kalisch (Kalisz) zeigen Teilnehmer eines Marsches der Unabhängigkeit antisemitische Parolen und verbrennen symbolisch das »Statut von Kalisch«. Bei diesem handelt es sich um einen Judenschutzbrief aus dem Jahr 1264.
11.11.2021	Bundesaußenminister Heiko Maas ruft bei einer Plenardebatte im Bundestag über die Migrationslage an der belarussischen Westgrenze zur europäischen Solidarität mit Polen auf. Außerdem fordert er weitere Sanktionen gegenüber Belarus, dem von der EU vorgeworfen wird, zielgerichtet Migranten aus dem Nahen Osten und anderen Ländern an die Grenze zu führen und illegale Grenzübertritt in die Europäische Union zu forcieren.
12.11.2021	Nach aktuellen Angaben des Verteidigungsministeriums befinden sich knapp 15.000 polnische Soldaten zur Unterstützung des Grenzschutzes an der Grenze zu Belarus, um illegale Übertritte aus Belarus nach Polen von Migranten aus dem Nahen Osten und anderen Ländern zu verhindern. Zu diesem Zweck haben die Soldaten bisher einen 180 km langen Grenzzaun errichtet. Die Europäische Union wirft dem belarussischen Staatspräsidenten Alexander Lukaschenko vor, als Antwort auf Sanktionen gegenüber Belarus gezielt Migranten an die belarussische Westgrenze vorzulassen.
12.11.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki beschuldigt in einem Podcast die russische Regierung, für die Migrationskrise an der polnisch-belarussischen Grenze mitverantwortlich zu sein. Weiter sagt er, die belarussischen Behörden brächten manipulierte Nachrichten und Bilder über die Lage im Grenzgebiet in Umlauf, die entsprechend kritisch und vorsichtig bewertet werden müssen. Außerdem weise Belarus humanitäre Hilfe aus Polen für die Migranten zurück.
13.11.2021	Innenminister Mariusz Kamiński sagt in einem Interview im Radiosender »RMF FM«, dass zurzeit ca. 1.500 Migranten aus dem Nahen Osten und anderen Ländern in einem Lager auf belarussischer Seite im polnisch-belarussischen Grenzgebiet kampieren, Tendenz steigend. Insgesamt sollen sich 2.000 bis 4.000 Migranten in Belarus an der Grenze zu Polen befinden. Um illegale Grenzübertritte zu verhindern, hat Polen den Grenzschutz mit Soldaten verstärkt. Die Kooperation Polens mit Frontex (Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache) bestehe darin, dass Polen Satellitenbilder über die aktuelle Situation im Grenzgebiet erhält. Polen wolle außerdem die Zusammenarbeit mit Frontex bei Abschiebungen, so Kamiński.
14.11.2021	Präsident Andrzej Duda verurteilt im Nachrichtendienst »Twitter« deutlich die antisemitischen Vorfälle, zu denen es am Feiertag der Unabhängigkeit (11. November) in Kalisch (Kalisz) durch eine Gruppe von Rowdys gekommen ist. Die Ereignisse stünden im Widerspruch zu den Werten der Republik Polen. Angesichts der angespannten Lage an der polnisch-belarussischen Grenze und der über Polen verbreiteten Propaganda, kämen die Vorfälle in Kalisch einem Verrat an Polen gleich, so Duda. Am Vortag verurteilten bereits Innenminister Mariusz Kamiński und das Außenministerium entschieden die symbolische Verbrennung des »Statuts von Kalisch«, einem Judenschutzbrief aus dem Jahr 1264. Einen Tag nach den Vorfällen hatten die Kalischer Behörden mitgeteilt, dass der Stadtpräsident die Staatsanwaltschaft eingeschaltet hat.
15.11.2021	Die Pressesprecherin des Grenzschutzes, Anna Michalska, teilt mit, dass in der vergangenen Nacht 60 Migranten in der Nähe des Ortes Połowce (im Grenzgebiet zu Belarus) mit Gewalt versucht haben, die Grenze nach Polen zu überwinden. Die Versuche seien vom polnischen Grenzschutz vereitelt worden. In den letzten 24 Stunden seien 118 versuchte Grenzübertritte nach Polen registriert worden; 39 Personen sei ein Bescheid ausgestellt worden, Polen zu verlassen. Hintergrund ist der Migrationsdruck an der polnisch-belarussischen Grenze, wo sich seit Monaten Migranten aus dem Nahen Osten und anderen Ländern aufhalten, um nach Polen zu gelangen. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten werfen dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko vor, die Personen ins Land geholt zu haben, mit dem Ziel, die EU zu destabilisieren. Nach Angaben des polnischen Grenzschutzes wurden seit Anfang des Jahres mehr als 33.000 Versuche des illegalen Grenzübertritts registriert; im Oktober waren es knapp 17.300, im November bisher 5.100.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)

Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz

Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2021 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,

Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>